GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG XIII. MARTIE / MARS / MÄRZ 1935. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 3

Eine bedeutsame Entscheidung der europäischen Nationalitäten-bewegung.

Auf ihrer letzten Tagung am 17. und 18. Februar haben der Ausschuss und das Gremium des Europäischen Nationalitäten-Kongresses einstimmig eine Reihe von Leitsätzen angenommen, die künftig die Behandlung von Angelegenheiten, die die einzelnen Volksgruppen angehen (durch ein neu zu bildendes Fachgremium) regeln sollen. Diese Entscheidung ist auf Grund einer Entschliessung des letzten Nationalitäten-Kongresses in Bern, im September 1934 getroffen worden.

Damit betritt der Europäische Nationalitäten-Kongress nach einem 10-jährigen Zusammenwirken der verschiedenen Volksgruppen Europas, einer Zusammenarbeit, die sich bisher nur auf die Behandlung der allgemeinen Fragen erstreckte, einen neuen Weg. Die Volksgruppen verschiedener Nationalität werden von jetzt ab auch solidarisch an eine Stellungnahme zu solchen Fragen herantreten, die die Lage der einzelnen Gruppen betreffen. Diese Wendung ist zweifellos auch durch das Versagen derjenigen Organisation, deren bedeutsame Aufgabe es sein sollte die Eingaben der einzelnen Volksgruppen zu behandeln und dann den bestehenden Rechten entsprechend Stellung zu nehmen, hervorgerufen. Somit handelt es sich hierbei um eine Art „Selbsthilfe". Wir beschränken uns heute darauf, die bereits angenommenen Leitsätze (sie sollen demnächst noch vervollständigt werden) wiederzugeben.

Bestimmungen betreffend das Fachgremium für Angelegenheiten der einzelnen Volksgruppen

vom geschäftsführenden Ausschuss des Nationalitäten-Kongresses auf der Sitzung vom 18. Februar 1935 (auf Grund der vom Kongress 1934 erteilten Ermächtigung) beschlossen und in Kraft gesetzt.

Einleitung.

1. Die vorliegenden Bestimmungen tragen den Charakter einer in allen ihren Teilen gleichermassen bindenden Vereinbarung wie das Krongress-Statut und können nur solange wirksam bleiben und unsere Zusammenarbeit gewährleisten, als sie von der einhelligen Zustimmung und Erfüllungsbereitschaft der teilnehmenden Nationalitäten getragen sind.

2. Mit der Behandlung von Angelegenheiten der einzelnen Volksgruppen betritt unsere Kongressgemeinschaft ein Terrain, von dem wir uns bisher mit Bedacht fernhielten. Diese besondere Aktion darf nicht in Gegensatz zu unseren allgemeinen Zielsetzungen und Grundsätzen stehen. Die Wahrung der Solidarität zwischen den Nationalitäten und der staatsbürgerlichen Korrektheit gegenüber den Staaten, im Rahmen der Kongressgemeinschaft, gewinnt von nun ab sowohl für die innere Zusammenarbeit, als für die Wirkung nach aussen eine wenn möglich noch erhöhte Bedeutung.

Kompetenz des Fachgremiums.

1. Das Gremium hat folgende Angelegenheiten zu behandeln: die Gesamtlage der einzelnen Volksgruppen, ihre Lage auf einzelnen Gebieten (z. B. im Sprachenrecht, im Schulwesen, in der Wirtschaft), Einzelfragen von grundsätzlicher, lebenswichtiger oder sonstwie höherer Bedeutung.

2. Die Fragen sind unter vollkommener Ausschaltung von aussenpolitischen Gesichtspunkten und Rücksichten zu behandeln.

3. In Rechtsfragen sind in erster Linie die materiellen Normen des internationalen Minderheitenrechtes massgebend. Selbstverständlich sind in Fällen, für welche sie gelten, auch solche Normen zu berücksichtigen, durch welche für einzelne Volksgruppen oder deren Teile weitergehende oder besonderen Verhältnissen näher angepasste Bestimmungen getroffen sind.

4. In den Fragen von Volksgruppen, die keinen oder einen

bloss minderen internationalen Rechtsschutz geniessen, ist unter analogen Voraussetzungen, dem vorangehenden Punkte gemäss, das gleiche Recht, in jedem Falle zumindest das allgemeine Minderheitenrecht analog anzuwenden.

5. Soweit die Forderungen unserer Kongresse, des Weltverbandes der Völkerbundligen, der Interparlamentarischen Union, der International Law Association usw. über das unmittelbar oder per analogiam anzuwendende positive Recht hinausgehen, ist in allen Fällen in entsprechender Weise auch auf sie zu hinzudeuten.

6. Bei der Beurteilung der Gesamtlage einer Volksgruppe oder ihrer Lage auf einem einzelnen Gebiete ist nicht allein der Masstab des Rechtes anzulegen. Auch Erwägungen der Billigkeit, der Angemessenheit und der Zweckmässigkeit ist dabei Raum zu geben. Das Gremium darf sich nicht darauf beschränken, die vorgelegten Fragen nur als Rechtsfragen zu beurteilen und die darauf zu gebende juristisch einwandfreie Antwort zu suchen. Es muss in seinen Aussprüchen durch sachliche Kritik und praktische Vorschläge in konstruktivem Sinne für die innere Befriedung und den nationalen Ausgleich zu wirken trachten.

Zusammensetzung des Gremiums.

1. Das Gremium setzt sich aus Personen zusammen, welche den an den Kongressen teilnehmenden Nationalitäten angehören, und zwar aus je einem Mitglied und je einem Ersatzmann für jede von ihnen.

2. Die Auswahl geeigneter Personen bleibt den einzelnen Nationalitäten, bzw. den zu ihnen gehörenden Volksgruppen, analog wie es für die Kongressdelegierten gilt, vorbehalten. Auch Kongressdelegierte bzw. Glieder des Ausschusses können ins Gremium nominiert werden.

Geschaeftsordnung.

1. Für alle Phasen, in welchen sich die Tätigkeit des Gremiums abwickelt, werden feste und nicht zu lange Fristen bestimmt. Dies gilt namentlich für die Nominierung der Mitglieder und Ersatzmänner, für die Einbringung von Vorschlägen, Aeusserungen, Einwendungen, Gegenvorschlägen, für die Abgabe von Voten.

2. Angesichts der durch die Instanzen und andere Um-

stände verursachten Schwierigkeiten, werden die Arbeiten des Gremiums im weitesten Masse auf schriftlichem Wege durch Vermittlung des Sekretariates unter strenger Einhaltung der Fristen vor sich gehen müssen.

3. Für die nötigenfalls abzuhaltenden Sitzungen wählt das Gremium von Fall zu Fall den Vorsitzenden aus den anwesenden Mitgliedern, die an der zu behandelnden Frage national nicht beteiligt sind.

4. Das Gremium kann Beschlüsse auch im Wege der schriftlichen Einholung und Abgabe von Voten fassen. Für Entscheidungen „in der Sache selbst" ist Stimmeneinhelligkeit erforderlich. Für die Beschlussfähigkeit der Sitzungen ist die Anwesenheit dreier (gemäss Punkt 3) neutraler Mitglieder hinreichend.

5. Die Mitglieder des Ausschusses haben, inwieweit sie nicht Mitglieder des Gremiums sind, das Recht an dessen Arbeiten beratend teilzunehmen.

6. Der Ausschuss ist über die Arbeiten des Gremiums auf dem laufenden zu halten und kann etwaige Bedenken gegen Beschlüsse „in der Sache selbst" binnen einer bestimmten Frist geltend machen. In einem solchen Falle muss im Gremium eine nochmalige Beratung und Abstimmung stattfinden, deren Ergebnis endgültig ist.

7. Mit der näheren Ausarbeitung und Handhabung der Geschäftsordnung ist der Vorsitzende des Kongressausschusses betraut.

8. Die entsprechenden besonderen Kosten tragen die Einreicher der Eingaben. Die Voraussichtliche Summe derselben nennt der Sekretär, dessen Aufgabe es ist, den für die Deckung der Kosten erforderlichen Betrag sicherzustellen.

Arbeitsprogramm.

1. Es ist möglichst eine gleichmässige Behandlung der verschiedenen Nationalitäten betreffs Fragen anzustreben um selbst den Eindruck eines einseitigen Vorgehens zu vermeiden. In diesem Sinne hat das Gremium sich stets mit der Frage zweier Nationalitäten gleichzeitig zu befassen.

2. Die Koppelung ist während des ganzen Verfahrens und bis zu dessen endgültigem Abschluss unauflöslich, insofern die betreffende Gruppe nicht selbst davon Abstand nimmt. An ihr

ist insbesondere auch bei der Zusammenarbeit mit ausserhalb der Kongressgemeinschaft stehenden Organen und bei der Vertretung der Sache der einzelnen Volksgruppen internationalen Instanzen und der öffentlichen Meinung gegenüber festzuhalten.

3. Die Befassung des Gremiums kann sowohl vom Ausschuss als vom Gremium selbst oder von den national beteiligten Kongressdelegierten oder endlich mit deren Zustimmung, von Seiten anderer autoritativer Personen ergriffen werden. Hiebei wird festgestellt, dass das Gremium die Behandlung der Eingabe einer Volksgruppe einstellen muss, sobald es deren Delegierte verlangen und zwar ganz gleich in welch einem Stadium sich die Behandlung der Angelegenheit befindet. Das Gremium befasst sich nur mit den Angelegenheiten solcher Volksgruppen, die Mitglieder des Europäischen Nationalitäten-Kongresses sind.

4. Detailliertes Verfahren-Projekt wird das Gremium gelegentlich seiner konstituierenden Sitzung ausarbeiten, welches nach späteren Erfahrungen abgeändert werden kann.

*

Aus den hier wiedergegebenen Leitsätzen geht eindeutig hervor, dass die Nationalitäten vermittels dieses ihres solidarischen Vorgehens auf dem Gebiete jener Fragen, die die einzelnen Gruppen angehen, nur das eine bezwecken: sich gegenseitig unterstützend, der Sache in der Klärung ihrer Fragen zu dienen. Dieser Zusammenhang ergibt sich bereits aus dem Titel „Fachgremium", den der neue Ausschuss tragen wird. Es besteht keineswegs die Absicht, die Ergebnisse der Verhandlungen des Gremiums betreffend die Fragen der einen oder der anderen Volksgruppe sofort zu veröffentlichen, vielmehr liegt der Wunsch vor, den Delegierten der mit den in Frage kommenden Mehrheitsvölkern stammverwandten Gruppen die Möglichkeit zu geben, bei ihren Stammvölkern vermittelnd einzuwirken. Mit Hilfe einer Veröffentlichung der Feststellungen des Gremiums – dieses soll nur in einer sachlichen, d. h. völlig unpropagandistischen Form geschehen – soll den in Frage kommenden Volksgruppen allenfalls eine moralische Unterstützung gewährt werden.

Zweierlei Mass in Genf.

Bei Petitionen der Minderheiten.

Die in Januar in Genf abgeschlossene Tagung des Völkerbundrates beanschprucht, was das Gebiet der Nationalitätenfragen anbetrifft, ein besonderes Interesse. Diese Session des Rates erbrachte die einwandfreie Bestätigung dafür, dass in Genf, wenn es sich um die Petionen der Minderheiten handelt, mit zweierlei Mass gemessen wird.

Die Petition der Griechen Albaniens, die sich über die Unterdrückung ihres Schul- und Kulturwesens beschwerten, wurde erfreulicherweise sogleich vor den Haager Staatsgerichtshof gebracht. Es entsteht die Frage, wem die bedrückten Griechen Albaniens dieses günstige Resultat – die sofortige Überweisung ihrer Klage an das Haager Tribunal – zu verdanken haben, ein Ziel, das andere Volksgruppen auch bei einer völlig eindeutigen Rechtslage selbst im Verlaufe jahrelanger Verhandlungen nicht erreichen können. Hinter der Petition Griechenlands stand nicht nur der griechische Staat, der sich für seine Volksgenossen in Albanien in einer geradezu einzigartigen Weise exponierte, sondern auch als Vertreter dieses Staates Herr Politis, der in seiner Person den griechischen Diplomaten und Pariser Professor und Rechtsgelehrten vereinigt. Derselbe Herr Politis, der wie man weiss, die Assimilationsthese Mello-Francos vor dem Völkerbundrat vertreten hat, ist jetzt, wo es sich um die eigenen Volksgenossen handelt, als Vorkämpfer der weitesten Minderheitenrechte aufgetreten, und zwar nicht nur auf Grund allgemeiner Prinzipien für Menschenrechte, wie sie in der Deklaration von Frangulies-Mandelstam enthalten sind, sondern ausgehend von allen den konkreten Bestimmungen Genfer Minderheitenschutzverträge, die zur Abwehr der Entnationalisierungsbestrebungen für die Sicherung des Schulwesens der Minderheiten geschaffen wurden. Wie sollten die Funktionäre des Völkerbundsekretariats und die Mitglieder des Genfer Rates da noch zögern, zumal die Gegenpartei Griechenlands, Albanien, im Völkerbundrate ohne einen jeden Einfluss ist? – So ist in Genf gleich zu Anfang des Verfahrens ein Beschluss zustandegekommen – die sofortige Weiterleitung der Petition an den Haager Gerichtshof – der, wenn er den Be-

ginn einer neuen Praxis des Rates darstellen würde, die Erfüllung einer der wesentlichsten Forderungen der Europäischen Nationalitäten Kongresse, der Interparlamentarischen Union und des Weltverbandes der Völkerbund-Ligen bedeuten würde und zwar die Entpolitisierung der Verhandlungen über die Minderheitenfragen durch die Einschaltung des Haager Gerichtshofes.

Gleichzeitig mit der Petition der Griechen Albaniens gelangten in Genf noch zwei andere Minderheiten-Petitionen zur Behandlung vor dem Rate – eine der Deutschen Posens und Pommerellens wegen Beeinträchtigung ihrer Rechte auf dem Gebiete des Schankwesens (es ist dies eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung), dann eine andere, die bekannte Beschwerde des Prinzen Pless über die ruinöse Benachteiligung bezüglich der Steuereinhebungen, eine Frage, von deren Entscheidung unter anderem das Schicksal vieler Hunderten von Angestellten der Pless'schen Betriebe abhängig ist. Die Rechtslage in Bezug auf diese Petitionen, insbesondere des Fürsten Pless, war durch die Arbeiten der Experten in einer einwandfreien Weise geklärt. Deswegen bestand die allgemeine Überzeugung, dass der Rat die Petitionen erneut dem Haager Gerichtshofe überweisen würde. Doch der Rat entschied in beiden Fällen negativ, wodurch er indirekt den polnischen Boykott des Völkerbundes unterstützte, der bekanntlich darin liegt, dass Polen sich, laut offizieller Erklärung, an die Beschlüsse des Rates auf dem Gebiete der Minderheiten-Petitionen nicht mehr für gebunden erachtet. Dieser Urteilsspruch war möglich, weil Deutschland nicht mehr Mitglied des Rates ist und man zudem hervorheben wollte, dass es unter solchen Umständen für den Rat nicht erforderlich sei, Rücksichten auf die Rechte der deutschen Minderheiten zu nehmen. – Es ist hier nicht der Ort die Frage zu beantworten, inwieweit der Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbunde die Rechtsposition der deutschen Volksgruppen in Genf beeinträchtigt hat, desgleichen ob anlässlich dieses Austrittes die Zurückziehung der vom Reich dem Haager Schiedsgerichtshof übermittelten Beschwerden, wie die des Prinzen Pless, gerechtfertigt war. In der Entschliessung zum Falle Pless hält der Rat es für möglich offen zum Ausdruck zu bringen, dass, nachdem Deutschland die Klage des Prinzen Pless vom Haager Gerichtshofe zurückgezogen habe,

man dem Rate nicht gut zumuten könne, die Frage erneut an das Haager Tribunal zu überweisen.

Es kommt uns in diesem Zusammenhange eben nur darauf an festzustellen, dass die Praxis des Völkerbundes und insbesondere des Sekretariats desselben jetzt eindeutig dahin gerichtet ist, bei Behandlung von Minderheiten-Petitionen nur in solchen Fällen positive Entscheidungen zu treffen, wo es Rücksicht auf Staaten und Faktore zu nehmen gilt, die Einfluss in Genf besitzen. In Fällen, wo es sich um Volksgruppen handelt, die kein Mutterland als Mitglied des Völkerbundes haben, ist somit damit zu rechnen, dass künftig, selbst angesichts eines völlig klaren Sachverhalts, im Interesse dieser Gruppen nicht das Geringste geschehen wird (wenn man von gelegentlichen wohlgemeinten Schritten der Dreier-Komitees, die fast immer ohne Erfolg sind, absieht). Denn da gibt es hier niemanden, auf den es wegen seines Einflusses Rücksicht zu nehmen gälte. Auf einen Schutz ihrer Rechte können heute in Genf nur diejenigen Volksgruppen rechnen, hinter denen einflussreiche Staaten stehen.

Le bilan statistique de l'enseignement primaire des Hongrois en Transylvanie

pendant les quinze dernières années, depuis le régime roumain.

Par: **Andreas R. Szeben.**

Nous transmettons cet article paru dans la revue statistique hongroise: „Magyar Statisztikai Szemle".

Sur le territoire hongrois annexé à la Roumanie, on comptait avant la guerre, en 1910, 335.550 enfants hongrois soumis à l'obligation scolaire et 2.487 écoles primaires hongroises. De ces écoles, 1.318 appartenaient à l'Etat, 835 aux confessions hongroises transylvaines, 284 à des communes, 50 à des particuliers.

Ce territoire ayant été mis par le traité de paix sous la domination de la Roumanie, celle-ci prit possession des écoles fondées par l'Etat hongrois, y introduisant le roumain comme langue de l'enseignement et ne permettant qu'a quelques écoles

de ce genre de continuer à enseigner en hongrois. Les écoles appartenant aux confessions hongroises n'étaient pas assez nombreuses pour recevoir tous les enfants hongrois désireux d'être enseignés en hongrois : et la création de nouvelles écoles de cette sorte se heurtait à de grandes difficultés matérielles, la réforme agraire roumaine ayant dépouillé les confessions hongroises d'une grande partie de leurs propriétés considérables. La situation matérielle de ces confessions a été encore aggravée de ce fait que le gouvernement de Bucarest a cessé de verser des subsides aux écoles fondées par elles, qui recevaient sous le régime hongrois d'importantes subventions d'Etat. Il faut ajouter que les inspecteurs de l'enseignement primaire, voulant faire du zèle, ont fermé maintes écoles confessionnelles hongroises ou confisqué les bâtiments et propriétés foncières de ces écoles. Dans ces conditions, un grand nombre d'enfants hongrois, ne trouvant pas de place dans les écoles confessionnelles hongroises. étaient obligés d'entrer aux écoles d'Etat. — D'après la convention sur les minorités et une loi roumaine faite en 1924 sur l'enseignement primaire, l'Etat roumain devrait entretenir, pour ces enfants hongrois, des écoles primaires d'Etat enseignant en hongrois. Mais le ministère de l'Instruction publique, remplissant seulement une petite partie de cette obligation, n'entret ent, pour les plus de 80 mille enfant hongrois admis aux écoles primaires de l'Etat, que 220 écoles de langue hongroise (dont 5 ne fonctionnent pas, faute d'instituteur) et 207 sections parallèles hongroises. En plusieurs comitats presque tout à fait hongrois, l'Etat n'entretient aucune école de langue hongroise ; les Hongrois se plaignent particulièrement de ce fait. Par exemple, dans le comitat Csik (situé dans le pays des Székelys) où, d'après les statistiques scolaires roumaines elles-mêmes, les enfants hongrois représentent 79.7 % des élèves des écoles primaires de l'Etat, il n'y a point d'école primaire d'Etat de langue hongroise, ni aucune classe parallèle de cette langue. Selon les relevés officiels roumains, il y avait, en 1932—33, 93 élèves roumains sur 1 école primaire d'Etat enseignant en roumain et non moins de 365 élèves hongrois sur 1 école primaire enseignant en hongrois.

Depuis le régime roumain, le nombre des écoles primaires roumains a augmenté en Transylvanie de 1.192, soit de 42.8 %, tandis que celui des écoles primaires enseignant en hongrois y a diminué de 1.141, soit de 54.1 %.

Soulignons que pour les écoles maternelles, fréquentées par les enfants de 5 à 7 ans, la situation de la minorité hongroise est encore plus grave, parce que les confessions n'ont qu'un nombre insignafiant d'écoles de ce genre et que, d'après un relevé officiel du ministère de l'Instruction publique de Roumanie, les écoles maternelles de l'Etat enseignent toutes en.

roumain. Les Hongrois se plaignent également de ce que, dans les autres écoles du degré élémentaire (écoles professionnelles primaires, etc.), l'enseignement en hongrois est encore moins assuré que dans les écoles primaires.

C'est sur le territoire roumain d'avant-guerre que les intérêts scolaires des Hongrois sont le plus négligés. Les écoles y roumanisent si fort les enfants, que cela ne peut plus être contrebalancé par les parents.

En résumant les données, on constate qu'en Roumanie, la plupart des enfants hongrois fréquentent les écoles primaires de l'Etat où l'enseignement en hongrois n'est pas assuré. Les écoles confessionnelles hongroises n'y enseignent q'une moindre partie (42.4 %), des enfants hongrois, et le nombre de ces écoles, aux prises avec des difficultés très graves, diminue de plus en plus.

Ecoles primaires confessionnelles hongroises en Transylvanie en 1932.

Comitats	Ecoles catholiques rom.			Ecoles calvinistes			Ecoles unitaires			Ecoles luth. hongroises			Total des écoles confessionelles hongroises		
	Leur nombre	Nombre du personnel enseignant	Nombre des élèves	Leur nombre	Nombre du personnel enseignant	Nombre des élèves	Leur nombre	Nombre du personnel enseignant	Nombre des élèves	Leur nombre	Nombre du personnel enseignant	Nombre des élèves	Leur nombre	Nombre du personnel enseignant	Nombre des élèves
Alba de jos . .	9	12	350	22	33	1.242	—	—	—	—	—	—	31	45	1.592
Arad	12	17	1.046	9	17	944	—	—	—	—	—	—	21	34	1.990
Bihor	38	65	3.269	55	116	6.889	—	—	—	1	1	26	94	182	10.184
Braşov	5	15	637	6	11	578	—	—	—	5	13	634	16	39	1.849
Caraş	3	6	246	1	2	115	—	—	—	—	—	—	4	8	361
Ciuc	47	126	7.015	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	126	7.015
Cluj	12	34	1.419	33	50	2.286	3	5	245	—	—	—	48	89	3.950
Făgăraş	1	3	81	2	3	109	—	—	—	—	—	—	3	6	190
Hunedoara . .	13	26	1.223	11	17	697	—	—	—	—	—	—	24	43	1.920
Maramureş . .	4	6	329	2	5	274	—	—	—	—	—	—	6	11	603
Mureş-Turda .	26	49	2.465	102	150	8.431	13	14	591	—	—	—	141	213	11.487
Bistriţa-Năsăud	3	5	285	7	8	381	—	—	—	—	—	—	10	13	666
Odorheiu . . .	33	69	4.197	23	35	1.998	7	10	422	—	—	—	63	114	6.617
Sălaj	23	53	2.974	69	111	6.802	—	—	—	—	—	—	92	164	9.776
Sătmar	15	38	2.009	43	57	3.080	—	—	—	—	—	—	58	95	5.089
Severin	—	—	—	1	2	83	—	—	—	—	—	—	1	2	83
Sibiu	2	8	303	3	6	329	—	—	—	—	—	—	5	14	632
Solnoc-Dobâca .	5	11	436	28	41	1.871	—	—	—	—	—	—	33	52	2.307
Târnava-Mare .	5	9	442	7	14	623	—	—	—	—	—	—	12	23	1.065
Târnava-Mică .	8	9	443	27	36	1.604	5	9	399	—	—	—	40	54	2.446
Timiş-Torontal .	9	20	879	4	8	380	—	—	—	—	—	—	13	28	1.259
Treiscaune . .	20	37	1.682	19	28	1.113	5	11	393	—	—	—	44	76	3.188
Turda-Arieş . .	4	6	250	9	19	924	3	3	137	—	—	—	16	28	1.311
Total . .	297	624	31.980	483	769	40.753	36	52	2.187	6	14	660	822	1.459	75.580

Nombre des élèves des écoles confessionnelles hongroises en Transylvanie, comparé à la répartition par confessions des Hongrois. [1])

Confessions	Répartition par confession de la population hongroise				Elèves ayant fréquenté en 1930—31 les écoles primaires d'Etat		Elèves ayant fréquenté en 1932 les écoles confessionnelles hongrois	
	1910	%	1927	%	*leur nombre*	%	*en nombre absolu*	%
Calviniste	688.205	47·9	722.552	48·8	42.750	41·2	40.753	53·9
Catholique rom. . .	642.858	44·6	643.512	43·5	50.625	48·8	[2]) 31.980	42·3
Unitaire	68.125	4·7	70.003	4·6	5.825	5·7	2.187	2·9
Luthérienne hongr. .	40.114	2·8	45.378	3·1	[3]) 4.464	4·3	660	0·9
Total des confessions hongroises . . .	[4]) 1,439.302	100·0	[4]) 1,481.445	100·0	103.664	1 0·0	75.580	100·0

[1]) Sous les rubriques relatives à 1910 et à 1927, le tableau montre seulement la répartition par confession de la population de langue maternelle hongroise, tandis qu'il indique, quant aux élèves ayant fréquenté en 1930—31 les écoles primaires de l'Etat, le nombre de tous les enfants transylvains appartenant aux différentes confessions. Il faut donc tenir compte, pour cette dernière année-là, aussi du nombre des élèves inscrits aux écoles catholiques r., calvinistes et luthériennes enseignant en allemand, en slovaque et en roumain.

[2]) En Transylvanie, on comptait en 1932 80 écoles primaires catholiques r. n'enseignant pas en hongrois, qui avaient ensemble 11.905 élèves. Avec ceux-ci, le nombre total des élèves fréquentant les écoles catholiques r. était de 43.885.

[3]) Total des élèves luthérienns (y compris les non-Hongrois).

[4]) Ce chiffre ne comprend pas les personnes de langue matern. hongroise appartenant aux confessions israélite, gréco-orient,, catholique orthodoxe et aux autres confessions.

Ecoles primaires d'Etat en Transylvanie, nombre des enfants soumis à l'obligation scolaire, élèves et personnel enseignant, dans l'année scolaire 1932—33.

Comitats	Nombre, en 1926 des enfants et adolescens de 5 à 18 ans soumis à l'obligation scolaire			Nombre des élèves inscritz aux écoles primaires d'Etat en 1926—27			Nombre des élèves inscrits aux écoles primaires d'Etat en 1932				Nombre des écoles primaires d'Etat en 1932				Nombre, en 1932, du personnel enseignant dans les écoles primaires d'Etat			
	Total	Hongrois	%	Total	Hongrois	%	Total	Inscrits aux écoles de langue hongroise	%	Inscrits aux écoles ayant une section de langue hongroise	Total	Ecoles de langue hongroise	%	Ecoles ayant une section hongroise	Total	Dans les écolos de langue hongroise	%	Dans les écoles ayant une section hongroise
Alba de jos	43.427	4.203	9·7	16.320	758	4·6	25.080	351	1·4	1.523	198	4	2 0	5	411	4	1·0	29
Arad	78 905	14.852	18·8	28.241	5.196	18·4	41.023	4.144	10·1	4.633	245	17	6·9	13	630	70	11·1	71
Bihor	87.770	23 460	26·7	25.807	3.958	15·3	46 022	—	0·0	4.871	429	—	—	16	705	—	—	88
Braşov	31.839	7.504	23·6	9.149	1.576	17·2	14.643	—	0·0	4.627	83	—	—	15	286	—	—	92
Caraş	35.114	694	2·0	13.306	235	1·8	19.220	—	0·0	—	132	—	—	—	295	—	—	—
Ciuc	32.382	29.404	90·8	6 142	4.896	79·7	13.270	—	0·0	—	80	—	—	—	215	—	—	—
Cluj	56.598	14.954	26·4	23.135	4.528	19·6	34.263	1.808	5·3	8.987	255	8	3·1	31	454	16	3·5	129
Făgăraş	16.677	968	5·8	6.385	222	3·5	10.119	—	0 0	292	86	—	—	2	184	—	—	6
Hunedoara	51.617	5.913	11·5	20 392	1.241	6·1	34.951	—	0·0	—	387	—	—	—	585	—	—	—
Maramureş	39.502	2.623	6 6	9.683	465	4·8	12.650	—	0·0	—	76	—	—	—	189	—	—	—
Mureş-Turda	56.012	25.911	46·3	15.840	3.078	19·4	26.936	862	3.2	5.002	214	6	2·8	20	377	11	2·9	86
Bistriţa-Năsăud	28.782	1.532	5·3	9.979	311	3·1	16.511	—	0·0	—	122	—	—	—	238	—	—	—
Odorheiu	27.299	25.856	94·7	6.812	6.194	90·9	11.531	6.545	56·8	1.996	107	72	67·3	8	202	115	56·9	33
Sălaj	71.860	22.233	30·9	22.234	3.890	17·5	37.476	1.829	4·9	5.325	284	13	4·6	21	464	24	5·2	79
Sătmar	53.225	11.376	21·4	19.270	1.416	7·3	29.834	64	0·2	—	223	1	0·4	—	460	2	0·4	—
Severin	39.393	2.198	5·6	17.524	1.286	7·3	28.542	727	2·5	884	238	6	2·5	2	386	12	3·1	16
Sibiu	43.199	2.228	5·2	11.397	126	1·1	18.131	—	0·0	—	101	—	—	—	288	—	—	—
Solnoc-Dobâca	45.602	7.087	15·5	16.392	1.258	7·7	27.780	122	0·4	1.591	263	2	0·8	4	381	1	0·3	17
Târnava-Mare	32.562	3.606	11·1	7.697	731	9·5	11.722	—	0·0	1.134	120	—	—	6	214	—	—	17
Târnava-Mică	31.481	7.594	24·1	9.309	1.619	17·4	16 754	189	1·1	3.231	131	2	1·5	16	247	3	1·2	46
Timiş-Torontal	78.525	12.100	15·4	25.879	4.391	17·0	42.297	2.082	4·9	9.472	235	13	5·5	28	589	31	5·3	145
Treiscaune	28.601	23.604	82·5	9.533	7.377	77·4	16.309	7.789	47·8	5.157	121	76	62·8	20	297	141	47·5	100
Turda-Arieş	42.743	8.835	20·7	15.998	2.795	17·5	18.723	—	0·0	—	165	—	—	—	320	—	—	—
Transylv. entière	1,053.113	258.735	24 6	346 424	57.548	16·6	553.687	26.512	4·8	58.725	4.295	[1] 220	5·1	207	8.417	430	5·1	954

[1]) Des 220 écoles de langue hongroise, 5 ne fonctionnaient pas, faute d'instituteur. Ainsi, le nombre des écoles de langue hongroise en fonctionnement était de 215 en 1932.

Ecoles primaires transylvaines de langue hongroise appartenant aux confessions ou à l'Etat en 1932; nombre de leurs instituteurs et de leurs elèves.

Comitats	Ecoles primaires confessionnelles hongroises			Ecoles primaires d'Etat enseignant en hongrois			Total des écoles primaires hongroises			Nombre des sections hongroises dans les écoles primaires de l'Etat
	nombre			nombre			nombre			
	de ces écoles	de leurs instituteurs	de leurs élèves	[1]) de ces écoles	de leurs instituteurs	de leurs élèves	de ces écoles	de leurs instituteurs	de leurs élèves	
Alba de jos	31	45	1.592	4	4	351	35	49	1.943	5
Arad	21	34	1.990	16	70	4.082	37	104	6.072	13
Bihor	94	182	10.184	—	—	—	94	182	10.184	16
Braşov	16	39	1.849	—	—	—	16	39	1.849	15
Caraş	4	8	361	—	—	—	4	8	361	—
Ciuc	47	126	7.015	—	—	—	47	126	7.015	—
Cluj	48	89	3.950	8	16	1.808	56	105	5.758	31
Făgăraş	3	6	190	—	—	—	3	6	190	2
Hunedoara	24	43	1.920	—	—	—	24	43	1 920	—
Maramureş	6	11	603	—	—	—	6	11	603	—
Mureş-Turda	141	213	11.487	6	11	862	147	224	12.349	20
Bistriţa-Năsăud	10	13	666	—	—	—	10	13	666	—
Odorheiu	63	114	6.617	70	115	6.387	133	229	13.004	8
Sălaj	92	164	9 776	13	24	1.829	105	188	11.605	21
Sătmar	58	95	5.089	1	2	64	59	97	5.153	—
Severin	1	2	83	6	12	727	7	14	810	2
Sibiu	5	14	632	—	—	—	5	14	632	—
Solnoc-Dobâca	33	52	2.307	1	1	58	34	53	2.365	4
Târnava-Mare	12	23	1.065	—	—	—	12	23	1 065	6
Târnava-Mică	40	54	2.446	2	3	189	42	57	2.635	16
Timiş-Torontal	13	28	1 259	13	31	2 082	26	59	3.341	28
Treiscaune	44	76	3.188	75	141	7.725	119	217	10.913	20
Turda-Arieş	16	28	1.311	—	—	—	16	28	1.311	—
Total	822	1.459	75.580	215	430	26.164	1.037	1.889	101.744	207

[1]) Seulement les écoles en fonctionnement, laissant de côté 5 écoles manquant d'instituteur.

Proportion, dans les années scolaires 1921—1931, des élèves hongrois dans les écoles primaires d'Etat en Roumanie.

Années scolaires	Nombre des élèves inscrits				
	Total	Hongrois	%	Roumains	%
Ecoles maternelles					
1921/22	24.470	—	—	15.054	61·5
1922/23	26.980	—	—	15.272	56.6
1923/24	32.778	—	—	17.595	53·7
1924/25	42.107	—	—	20.390	48·4
1925/26	61.478	7.752	12·6	31.365	51·0
1926/27	77.155	8.980	11·6	40.412	52·4
1927/28	89.097	12.036	13·5	46.777	52·5
1928/29	98.877	13.842	14·0	51.104	51·7
1929/30	111.857	17.173	15·4	55.818	49·9
1930/31	105.465	16.664	15·8	53.600	50·9
Ecoles primaires					
1921/22	1,435.845	—	—	1,178.134	82·1
1922/23	1,370.466	—	—	1,142.534	83·4
1923/24	1,373.107	—	—	1,119.940	81·5
1924/25	1,395.034	—	—	1,130.810	81·0
1925/26	1,536.650	59.624	3·9	1,250.242	81·4
1926/27	1,599.331	60.431	3·8	1,296.448	81·1
1927/28	1,673.886	68.268	4·1	1,360.988	81·3
1928/29	1,787.055	73.747	4·1	1,449.723	81·1
1929/30	1,855.783	73.282	3·9	1,517.014	85·7
1930/31	1,973.949	87.110	4·4	1,590.138	80·5
Autres écoles de l'enseignement élémentaire					
1921/22	15.183	—	—	11.791	77·7
1922/23	16.708	—	—	14.678	87·9
1923/24	21.431	204	1·0	18.800	87·7
1924/25	26.068	207	0·8	23.118	88·7
1925/26	31.884	243	0 8	28.597	89·7
1926/27	35.644	315	0·9	32.090	90·0
1927/28	37.187	325	0·9	33.399	89·8
1928/29	36.902	287	0·8	33.093	89·7
1929/30	36.362	—	—	—	—
1930/31	32.436	—	—	—	—
Ensemble des écoles d'Etat de l'enseign. élémentaire					
1921/22	1,475.498	—	—	1,204.979	81·8
1922/23	1,414.154	—	—	1,172.484	82·9
1923/24	1,427.316	—	—	1,156.335	81·0
1924/25	1,463.209	—	—	1,144.318	78·2
1925/26	1,630.042	67.619	4·1	1,310.204	80·4
1926/27	1,712.130	69.726	4·1	1,368.950	79·9
1927/28	1,800.170	80.629	4·5	1,441.164	80·0
1928/29	1,922.834	87.876	4 6	1,533.920	79·8
1929/30	2,004.002	[1] 90.455	—	—	—
1930/31	2,111.850	[1] 103.774	—	—	—

[1]) Non compris les élèves des autres écoles de l'enseignement élémentaire.

Données relatives aux élèves des écoles primaires n'appartenant pas à l'Etat, en Roumanie, en 1926—29.

Années scolaires	Nombre des élèves inscrits				
	Total	Hongrois	%	Roumains	%
Ecoles maternelles					
1926/27	10.240	1.896	18·5	707	6·9
1927/28	9.428	1.823	19·3	383	4·1
1928/29	10.437	1.653	15·8	399	3·8
1929/30	—	—	—	—	—
1930/31 [1]	—	1.479	—	—	—
Ecoles primaires					
1926/27	114.805	50.318	43·8	4.058	3·5
1927/28	120.935	56.402	46·6	3.642	3·0
1928/29	135.478	64.088	47·3	4.873	3·6
1929/30	—	—	—	—	—
1930/31 [1]	—	74.776	—	—	—
Autres écoles de l'enseignement élémentaire					
1926/27	1.608	1	0·1	545	33·9
1927/28	1.895	2	0·1	725	38·3
1928/29	1 979	3	0·2	755	38·1
1929/30	—	—	—	—	—
1930/31 [1]	—	—	—	—	—
Ensemble des écoles primaires n'appartenant pas à l'État					
1926/27	126.653	52.215	41·2	5.310	4·2
1927/28	132.258	58.227	44·0	4.750	3·6
1928/29	147.894	65.744	44 5	6.027	4·1
1929/30	—	—	—	—	—
1930/31 [1]	—	76.255	—	—	—

[1]) Chiffres fournis par les confessions.

Proportion, entre les années scolaires 1923—24 et 1930—31, des Hongrois soumis à l'obligation scolaire et des élèves hongrois fréquentant les différentes sortes d'écoles primaires

Années scolaires	Nombre des enfants et adolescents de 5 à 18 ans soumis à l'obligation scolaire					Nombre des élèves fréquentant les écoles primaires d'Etat, ainsi que celles n'appartenant pas à l'Etat				
	Total	Hongrois	%	Roumains	%	Total	Hongrois	%	Roumains	%
	[1])	[1])		[1])						
1923/24	2,688.337	183.813	6·8	2,049.355	76·2	—	—	—	—	—
1924/25	3,754.675	283.081	7 5	2.845.930	75·8	—	—	—	—	—
1925/26	3,735.229	266.385	7·1	2,831.703	75·8	—	—	—	—	—
1926/27	3,769.756	258.352	6 9	2,884.043	76·5	1,838.783	121.941	6·6	1,374.260	74·7
1927/28	3,817.236	262.710	6·9	2,913.498	76·3	1,932.428	138 856	7·2	1,445.914	74·8
1928/29	3,847.485	257.356	6·7	2,932.971	76·2	2,070.728	153.620	7·4	1,539.947	74·3
1929/30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1930/31	—	—	—	—	—	—	180.029	—	—	—

[1]) En 1923—24, on n'a enregistré que les enfants et adolescents de 7 à 16 ans, soumis à l'obligation scolaire; dans les autres années considérées, on a enregistré ceux de 5 à 18 ans.

Recrudescence nationaliste et excès chauvins.

La recrudescence nationaliste, accompagnée de certains excès chauvins, qui se manifeste depuis quelque temps en Roumanie, provoque la protestation des minorités et même de certaines organisations roumaines.

Les journaux ont publié une lettre par laquelle une dame d'origine hongroise, veuve de guerre, se plaint de ce qu'elle a été molestée par un contrôleur des chemins de fer pour avoir parlé en hongrois avec d'autres voyageurs, au cours d'un voyage en Transylvanie.

D'autre part, un bulletin minoritaire reproduit une circulaire du Bureau de poste de Mercurea-Ciuc, en Transylvanie, dans lequel il est dit qu'en base d'une disposition de la Direction générale des P. T. T. les bureaux subalternes sont invités à congédier, au plus tard le 30 avril a. c., tout leur personnel minoritaire.

Les parlementaires allemands se sont réunis au cours de la semeine dernière à la Chambre, sous la présidence du leader de la minorité allemande, M. Otto Roth. Les orateurs, qui ont pris la parole au cours de cette réunion, ont déclaré que les partis minoritaires doivent réagir contre la vague de chauvinisme qui essaie de porter atteinte aux droits des minorités consacrés par les traités, la Constitution et les lois. Depuis quelque temps, ont-ils dit, la politique minoritaire traverse une crise et les droits des minorités ne sont plus respectés. Les parlementaires allemands ont décidé d'entreprende une action pour la sauvegarde de ces droits.

L'association des fonctionnaires de l'industrie à Bucurest a tenu, elle aussi, une réunion au cours de laquelle les orateurs ont protesté contre le système du questionnaire envoyé aux différentes entreprises industrielles qui contient une colonne sur „l'origine ethnique" des fonctionnaires et employés. Ceci, ont-ils dit, est en contradiction avec „l'esprit et le texte de la loi sur la défense du travail indigène", dans lequel on parle de „citoyens roumains", et d'„étrangers" (c'est-à-dire de personnes possédant un passeport étranger). Il a été relevé aussi que dans beaucoup d'entreprises on se livre à des persécutions contre les fonction-

naires minoritaires, malgré le fait que ces derniers sont des citoyens roumains. L'Association a pris la décision d'entreprendre les démarches nécessaires pour que ce courant de chauvinisme ne puisse pas aggraver davantage la situation des fonctionnaires et que „la protection de la main d'oeuvre nationale" ne porte pas atteinte aux droits des fonctionnaires citoyens roumains, quelle que soit leur origine ethnique.

Les comités exécutifs du parti social-démocrate et de la Confédération générale du travail ont tenu une réunion commune, au cours de laquelle a été votée une motion constatant que la politique du gouvernement dans la question de la protection du travail national a glissé sur une pente dangereuse pour les intérêts de la classe ouvrière et pour les intérêts de l'Etat et de la nation. La crise économique, dit aussi la motion, a augmenté le nombre des sans-travail, ce qui a créé une atmosphère de haine chauvine. L'essai de réaliser la protection du tra ail national par des mesures restrictives à l'égard des citoyens roumains d'origine étrangère constitue l'étouffement des principes constitutionnels d'égalité et de l'idée d'humanité et de justice. Cet essai n'améliorera nullement la situation des travailleu s, fonctionnaires et inte lectuels roumains, mais créera, par contre, une atmosphère de haine contre l'Etat au sein de la population minoritaire qui compte environ 4 millions d'âmes, c'est-à-dire presque à un quart de la population totale du pays.

A propos de toutes ces manifestations, l'officieux gouvernemental „Indépendance Roumaine" écrit notamment ce qui suit: Inutile de dire que toutes ces alarmes sont entièrement dénuées de fondement puis qu'elles se fondent sur une regrettable confusion témoignée par maints esprits des cercles minoritaires. Pour le pouvoir public, comme d'ailleurs pour l'immense majorité de l'opinion roumaine, la préoccupation constante et légitime de l'heure présente est d'encourager, de stimuler et de protéger l'élément roumain, afin de lui permettre de remplir le rôle qui lui incombe dans l'évolution de la consolidation de la nouvel e Roumamanie. C'est là un postulat national, moral et social qu'aucun homme de bon sens ne saurait contester. Ce postulat cadre d'ailleurs parfaitement avec les droits minoritaires que personne ne songe à ignorer et encore moins à léser.

Wirtschaftlicher „Numerus clausus“ für nationale Minderheiten.

Von: **Emil Neugeboren.**

Diesen ausserordentlich interessanten Aufsatz entnehmen wir der Zeitschrift „Nation und Staat“, redigiert von Ferdinand von Uexküll in Wien.

Die Aufstellung eines „Numerus clausus“ verfolgt den Zweck, zu verhindern, dass eine Bevölkerungsminderheit auf irgendeinem Gebiet des staatlichen Lebens eine Rolle spiele, die allzu weit über ihr zahlenmässiges Verhältnis hinausgeht. In der Regel richten sich die Bestrebungen, eine derartige Beschränkungsmassregel einzuführen, gegen die Juden. Soviel mir bekannt ist, hat der in der Nachkriegszeit vielerwähnte Numerus clausus noch nirgends Gesetzesform erreicht, geschweige denn, dass er praktisch verwirklicht worden wäre. Die in Deutschland vorgenommene Feststellung der Zahl der Abiturienten von Mittelschulen fällt nicht unter diesen Gesichtspunkt.

In Rumänien ist das Schlagwort von einem einzuführenden Numerus clausus schon seit längerer Zeit flügge. Es steht in einer inneren Beziehung zu einem anderen Schlagwort, welches seit ungefähr einem Jahr häufig gehört wird und darauf hinausläuft, dass in wirtschaftlichen Betrieben die Zahl der „Fremden“ zugunsten der Rumänen herabgedrückt werden müsse. Dabei hat die Bezeichnung „Fremde“ eine schillernde Bedeutung; das rumänische Wort „străin“ bezeichnet einmal den Ausländer, sehr oft aber auch den rumänischen Staatsbürger nichtrumänischen Volkstums. Ein im vorigen Jahr geschaffenes Gesetz „zum Schutze der nationalen Arbeit“ spricht aus, dass in privatwirtschaftlichen Betrieben ein gewisser, von Fall zu Fall von der Regierung festzustellender Prozentsatz der Angestellten und Arbeiter rumänischer Staatsangehörigkeit sein müsse. Bei der Verhandlung dieses Gesetzes wurden in Presse und Parlament vielfach Stimmen laut, die die Forderung aufstellten, dass auch ein Verhältnis zwischen Rasserumänen und Angehörigen nationaler Minderheiten in derselben Weise zu regeln sei. Dieser Forderung steht die Bestimmung der gegenwärtigen rumänischen Verfassung entgegen, die an mehreren Stellen die Gleichheit der rumänischen Staatsbürger „ohne Unterschied der völkischen

Abstammung, der Sprache und der Religion" in bezug auf alle politischen und privaten Rechte ausspricht.

Der Gedanke des Numerus clausus ist mit dem der besonderen Berechtigung der Rasserumänen in bezug auf Anstellung in der Privatwirtschaft in der allerletzten Zeit in Verbindung gebracht worden. Es ist dies durch einen rumänischen Politiker geschehen, der als Siebenbürger Rumäne in der Vorkriegszeit einer der schärfsten Vorkämpfer des Nationalitätenrechts in Ungarn gewesen ist, durch den ehemaligen ungarischen Reichstagsabgeordneten Dr. Alexander Vaida, der in Rumänien schon zweimal den Posten des Ministerpräsidenten bekleidet hat. In den ersten Februartagen beriet seine Partei, die Nationale Bauernpartei, über ein neues Parteiprogramm, das zugleich die Grundlage einer künftigen Verfassung bilden soll. Bei dieser Gelegenheit stellte Vaida in den vorbereitenden Ausschüssen den Antrag auf Einführung des Numerus clausus für alle Gebiete des höheren Unterrichtes, ferner in den privaten Wirtschaftsunternehmungen und in einigen freien Berufen. Er behauptete, in den Mittelschulen und auf den Hochschulen, desgleichen in der Industrie, im Handel und in den freien Berufen seien die nationalen Minderheiten im Übergewicht, und es bestehe die Gefahr einer Überfremdung der führenden Klasse und des Mittelstandes in Rumänien. Die einzige Abhilfe sei die Einführung eines Numerus clausus; Vaida nannte diesen unter Anwendung eines sonst in rumänischen Kreisen streng verpönten Ausdruckes einen „Numerus valachicus". Demzufolge sollten die nationalen Minderheiten an höheren Schulen, in der Industrie, im Handel und in freien Berufen nur im Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl zu der des rumänischen Mehrheitsvolkes aufgenommen werden. Dieser Antrag Vaidas stiess wie schon in zwei früheren kleineren Ausschüssen so auch bei der Beratung im Vollzugsausschuss der Partei auf sehr entschiedenen Widerstand, vor allem bei dem angesehensten unter den Parteiführern, dem ehemaligen Parteivorsitzenden und gewesenen Ministerpräsidenten Dr. Julius Maniu, der bekanntlich ebenfalls Siebenbürger Rumäne ist, seinen Auffassungen aus der ungarischen Zeit jedoch treuer geblieben ist als Vaida, ferner bei dem gegenwärtigen Parteivorsitzenden, Jon Mihalache und mehreren anderen Parteimitgliedern, so dass sich Vaida veranlasst sah, ihn zurückzuziehen. Ob er, wie es heisst, damit auf dem demnächst abzuhaltenden grossen

Kongress der gesamten Partei wieder vortreten wird, ist noch ungewiss; wahrscheinlich ist es nicht. Es wäre aber ein Irrtum, anzunehmen, dass der Gedanke dieser Art von Numerus clausus aus der Erörterung im politischen Leben Rumäniens verschwinden werde. Vielmehr wird er sicherlich eine Plattform für künftige Agitationen insbesondere oppositioneller Parteien bilden. Auch in Rumänien hat sich schon längst, wie einst im alten Ungarn, die Gepflogenheit herausgebildet, nationale Lorbeeren auf Kosten der Minderheiten zu pflücken. Es erscheint daher nicht unangebracht, die Frage dieser Art des Numerus clausus, die sich von der bisher angestrebten unterscheidet, zu untersuchen.

Unter dem Gesichtspunkte der jetzt in Geltung stehenden internationalen Bestimmungen über den Minderheitenschutz ist die Frage rasch erledigt. Es liegt auf der Hand, dass die Aufnahme des von Vaida vorgeschlagenen Numerus clausus in eine künftige rumänische Verfassung mit dem Minderheitenvertrag, den Rumänien am 9. Dezember 1919 mit den „alliierten und assoziierten Hauptmächten" geschlossen hat, unvereinbar wäre. Hier kommt vor allem der Artikel 8 in Betracht, dessen beide ersten Absätze folgendermassen lauten: „Alle rumänischen Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich und geniessen dieselben bürgerlichen und politischen Rechte, ohne Unterschied der Rasse, der Sprache oder der Religion. – Der Unterschied der Religion, des Glaubens oder des Bekenntnisses darf keinem rumänischen Staatsangehörigen im Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte nachteilig sein, insbesondere nicht in bezug auf die Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Stellungen und Würden oder auf die Ausübung der verschiedenen Berufs- und Erwerbstätigkeiten." Dass dieser Grundsatz des Minderheitenvertrages in Rumänien peinlich genau eingehalten werde, lässt sich zwar nicht behaupten, eine ihm ausdrücklich zuwiderlaufende Verfassungsbestimmung jedoch wäre doch ausgeschlossen; der Völkerbundrat müsste auf eine Klage der grundsätzlich disqualifizierten nationalen Minderheiten Rumäniens hin unbedingt ihre Abstellung fordern.

Endgültig entscheidend für die Frage dieser Art von Numerus clausus ist die Unvereinbarkeit mit den Verfügungen der Minderheitenverträge natürlich nicht. Es ist denkbar, dass ein Staat, der ihn einführen will, den Minderheitenpakt aufkündigt

und aus dem Völkerbund austritt, oder dass der Völkerbund sich selbst auflöst. Damit würden dann alle Sicherungen gegen eine derartige Beeinträchtigung der Minderheitsexistenz wegfallen. Daher ist es nicht überflüssig, Vaidas Wunschbild einer näheren Untersuchung zu unterziehen.

Vaidas „Numerus valachicus" unterscheidet sich von früheren ähnlichen Bestrebungen sehr wesentlich. Während sonst gemeiniglich die Einschränkung des freien Wettbewerbes nur auf einem einzigen Gebiete oder zweier nahe verwandter, z. B. des ärztlichen oder Rechtsanwaltsberufes, oder die des Hochschulstudiums gewünscht wurde und sich nur auf eine einzige bestimmte Bevölkerungsgruppe bezog, will Vaida sämtlichen nationalen Minderheiten zu gleicher Zeit im höheren Schulwesen, in Gewerbe, Industrie und Handel und in einigen freien Berufen die Freizügigkeit nehmen. Dazu kommt noch, dass er augenscheinlich kein Gewicht darauf legt, dass auch die einzelnen Minderheitsnationen ihre Verhältniszahlen zugewiesen erhalten, sondern dass er nur für die Mehrheitsnation die Festlegung des Numerus clausus verlangt, wobei es noch sehr fraglich ist, ob etwa rumänische Privatbetriebe gegebenenfalls gezwungen würden, jenseits des „Numerus valachicus" unter allen Umständen Angehörige von Minderheiten anzustellen und ob auch in den Schulen und freien Berufen von einer wirklichen „Clausur" auch für die Mehrheitsnation gesprochen werden könne.

Schon ein erster oberflächlicher Blick belehrt uns, dass, mag jener anderwärts angestrebte „Numerus clausus" für die Betroffenen eine harte Massregel sein, ihre Fassung durch Vaida, schon grundsätzlich genommen, eine Steigerung der Härte bis ins Unerträgliche bedeuten würde. Einem grossen Teil der davon betroffenen Volksgruppen würde schlechtweg die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit überhaupt genommen werden, denn der einzige Berufsstand, der ihnen noch gesetzlich uneingeschränkt offen bliebe, der des Bauern, ist so beschaffen, dass er fürs erste, seltene Ausnahmen abgerechnet, nicht von jedermann so einfach „erlernt" werden kann, wie andere Berufe, und zweitens, weil seine Ausübung an die unerlässliche Bedingung gebunden ist, dass genügender Boden vorhanden ist. Eine für Angehörige einer Minderheit geplante bäuerliche Siedlungsaktion würde aber, wenigstens in Rumänien, auf die Verfassungsverfügung stossen (Artikel 3 der Verfassung vom Jahre

1923), dass das Gebiet Rumäniens mit einer Bevölkerung „fremden Stammes" nicht kolonisiert werden darf; als „Fremde" werden hier aber unbedingt ausser Ausländern auch rumänische Staatsbürger nichtrumänischen Volkstums verstanden. Anderseits ist es nach allen bisherigen Erfahrungen ganz unwahrscheinlich, dass ein rumänisches Parlament, das den Vorschlag Vaidas annehmen und in die Verfassung einfügen würde, zugleich auch geneigt wäre, die logische Folgerung daraus zu ziehen, den Volksminderheiten auch in den Reihen der öffentlichen Beamten, Offiziere, Fachorgane, Angestellten und Arbeiter die ihnen nach ihrem Bevölkerungsverhältnis zukommende Quote einzuräumen. Heute liegen auf diesen Gebiete die Verhältnisse so, dass nur noch lokale Restbestände öffentlicher Posten in Händen von Minderheiten sind, und dass bei jeder Neubesetzung auch in den Siedlungsgebieten der letzteren ein grosser Kampf oder zum mindesten ein lebhafter Kuhhandel geführt werden muss, damit die Minderheiten noch einigermassen sich nicht etwa das richtige Zahlenverhältnis, sondern überhaupt noch eine Beteiligung am Beamtentum erhalten können. Darin, dass die Minderheiten nicht mehr darauf rechnen können, im gerechten Verhältnis zu ihren Bevölkerungsanteilen im staatlichen Dienst Posten zu finden, und, wenn sie auch in vereinzelten Fällen dort Fuss gefasst haben, bis zu den obersten Stellen zu avancieren, liegt übrigens einer der Hauptgründe, weshalb sie notgedrungen sich stärker als früher Privatanstellungen zuwenden. Anderseits ziehen es die rumänischen Jünglinge vor, auf Staatsanstellungen auszugehen, die bessere Anfangsgehälter und klingendere Titel einbringen. Eine ähnliche soziologische Erscheinung hat sich im alten Ungarn gezeigt; niemand weiss das besser als der ehemalige Nationalitätenvorkämpfer Vaida. Mit Recht hat ihm sein alter Kampfgenosse Maniu entgegengehalten, er wolle eine organische Krankheit durch ein aufgeklebtes Pflaster heilen.

Um ein einigermassen erschöpfendes Urteil über den „Numerus valachicus" zu bekommen, ist es notwendig, die praktischen Folgen ins Auge zu fassen, die sich aus der Einführung desselben in Rumänien — und wohl ähnlich auch in anderen gemischtnationalen Ländern — ergeben würden. Vorausgeschickt sei, dass in Rumänien das Verhältnis der Nationalitäten nach dem kürzlich amtlich veröffentlichten Ergebnis der Volkszählung

vom 31. Dezember 1930 das folgende ist: Rumänen: 73 %, nationale Minderheiten 27 %. Unter den letzteren stehen an erster Stelle die Ungarn mit 7·7 %, dann folgen die Juden mit 4·6 %, die Deutschen mit 4·3 %, die Ukrainer mit 2·6 %, die Bulgaren mit 2·4 %, die Russen mit 1·3 % und hierauf die kleineren Völkerschaften, wie Türken, Tataren, Gagausen, Ratzen, Schokatzen, Armenier usw., die zusammen 4·1 % ausmachen. Die vom Rumänentum für sich in Anspruch genommene Verhältniszahl, der „Numerus valachicus", wäre demnach: 73 %.

Nun sind bei dessen praktischer Anwendung zwei verschiedene Berechnungsarten möglich. Entweder man berechnet jene 73 % individuell und örtlich; eine Milderung und ein besonderes Entgegenkommen von seiten des Mehrheitsvolkes bestände darin, bei der Berechnung der Quote die Verhältniszahlen des betreffenden Ortes zugrunde zu legen, wobei diese dann in den grösseren Siedlungsgebieten der Volksminderheiten auch unter 73 hinabsinken, unter Umständen ganz klein werden dürfte. Oder es würde die Quote 73 als für das ganze Land feststehend und hindurchgehend angewendet werden, so dass alle Betriebe und Posten zusammengezählt, 73 % Rasserumänen und 27 % anderen Volkstums im Verwendung stehen, beziehungsweise die in Frage kommenden freien Berufe nur in dem letzteren Hundertsatz von Nichtrumänen besetzt sein dürften. Für welche Anwendungsart Vaida eintritt, ist nicht gesagt worden; es ist nicht unmöglich, dass ein gemischtes System angewendet würde, in jedem einzelnen Fall, je nachdem wie es sich gerade den augenblicklichen Bedürfnissen des Mehrheitsvolkes als zweckmässig erweist. Doch ist dies schliesslich nur eine misstrauische Vermutung, die nicht als Tatsache anzusehen ist.

Im ersten der beiden Fälle, wenn also die Quote örtlich berechnet wird, jedoch nach dem Landesdurchschnittsverhältnis, kämen ganz unhaltbare Zustände heraus: an sehr vielen Orten und in vielen Betrieben der gemischtsprachigen Gegenden wäre es nur mit Hilfe künstlich herangeholter Mehrheitsbürger möglich, den „Numerus valachicus" zu verwirklichen. Die bodenständigen Volksminderheiten aber wären genötigt, scharenweise ausserhalb ihres Siedlungsgebietes Stellung und Arbeit zu suchen, und zwar in rein rumänischen Gegenden, wo man sich begreiflicherweise gegen diesen, mit dem Anspruch auf die 27 %-Quote herankommenden fremdnationalen Zuzug mit aller

Entschiedenheit wehren würde. Diese Durchführungsart würde so absurde Wirkungen haben, dass man es kaum für möglich halten kann, das Vaida sie ernstlich im Auge gehabt haben könnte. Eher ist anzunehmen, dass der „Numerus valachicus" so gedacht ist, dass in jedem Ort nur die dortigen Verhältniszahlen massgebend sein sollen. Dann würde zwar in den Minderheitengegenden die Zahl der nichtrumänischen Angestellten usw. die der Rumänen derzeit überflügeln, weil in den meisten Städten der neuen Provinzen die Volksminderheiten heute noch in absoluter oder relativer Mehrheit sind, trotzdem aber wären sie im Nachteil, einmal weil der Staat mit seinen Machtmitteln entweder direkt oder mit Unterstützung gesellschaftlicher Aktionen jederzeit mit Leichtigkeit den rumänischen Bevölkerungsanteil in den Städten vermehren könnte, sobald der Zuzügler von vornherein sicher sein kann, Brot und Arbeit zu finden, und dann weil sie, aus Geburtsort und Heimat verdrängt, nicht wie die überall im Lande vertretenen Rumänen Volksgenossen vorfinden, an denen sie einen Rückhalt haben und bei denen sie Anstellung erhalten können. Aber selbst wenn sie sich trotzdem in der Fremde Erwerbsmöglichkeiten schaffen, besteht für sie die Gefahr, dass sie, national vereinzelt, dem Volkstum, zumindest in ihren Kindern, verloren gehen.

Grundsätzlich nicht ganz so verheerend wäre die zweite Berechnungsart, dass für das Land im ganzen die Quoten der Angestellten festgestellt würden, dergestalt, dass eben 73% Rumänen und 27% Nichtrumänen Anspruch auf Verwendung hätten. Praktisch aber wäre diese Methode so gut wie undurchführbar, selbst in Ländern, wo im allgemeinen die amtlichen Organisationen tadellos funktionieren. Die Voraussetzung wäre, dass die fortlaufend geführten Statistiken der in Frage kommenden Posten und Personen überall und jederzeit einwandfrei vorhanden wären. Jedem Studienbeginn an mittleren und höheren Schulen, jede Anwerbung von Arbeitern, jede Anstellung von Privatbeamten würde ein Studium statistischer Tabellen und Ausweise notwendig machen, das in Wirklichkeit nicht durchführbar wäre und zu endlosen Berufungen und Prozessen Anlass geben würde. Das Ziel aber, das, wenn man schon einmal auf die bisherige Freizügigkeit in der Berufswahl verzichtet, annehmbar erscheinen könnte, dass jede Nationalität im Lande im Verhältnis zu ihrer Zahl an der Arbeit der Gemeinschaft beteiligt sei,

würde nicht erreicht werden, ganz abgesehen davon, dass wohl in keinem gemischtnationalen Staate Ost- und Südosteuropas die Voraussetzung der ungefähr gleichen Kultur und sozialen Entwicklung aller seiner Völkerschaften zutrifft und daher die schematische Durchführung des Numerus clausus-Prinzips zumindest für Jahrzehnte hinaus ein Herabsinken der wirtschaftlichen Leistungen bewirken würde.

Wie dem aber auch sei: so ungerecht, so willkürlich, so praktisch undurchführbar auch das von Vaida ausgeklügelte System einer Rationierung der Arbeitsberechtigung der Nationalitäten eines Staates sein mag, die demagogische Note, die es trägt, gibt ihm jedenfalls genügend Schwung, um den Gedanken gefährlich erscheinen zu lassen. Daher kann auch die Abwehr nicht frühzeitig genug ins Auge gefasst und begonnen werden.

Contele Bethlen despre protecţia minorităţilor.

Preşedintele partidului maghiar cere trecerea în Constituţie a drepturilor minorităţilor.

Contele Gheorghe Bethlen, preşedintele partidului maghiar din România, a acordat un interview care a apărut în buletinul de presă „Mişcarea Minoritară", asupra protecţiei minorităţilor şi asupra modificărilor cari trebuesc aduse constituţiei româneşti.

În legătură cu această chestiune, iată ce a declarat d-sa:

Nu mai există nici o îndoială în ceeace priveşte necesitatea modificării constituţiei, cu atât mai mult cu cât cu ocazia modificării care s'a făcut acestei constituţii în anul 1923 nu a fost luată în considerare faptul că în România nouă se află şi minorităţi naţionale, a căror situaţie nu poate fi reglementată prin declaraţiunea principală a egalităţii de drept.

Egalitatea de drept se realizează numai atunci când pentru garantarea drepturilor de libertate ale cetăţenilor minorităţilor naţionale, se acordă o deosebită atenţiune naţionalităţii. Prin aceasta statul român satisface obligaţiunile sale internaţionale contractate prin tratatul minorităţilor pe cari le-a neglijat în 1923, cu toate că din articolul întâi al tratatului minorităţilor rezultă necesitatea complectării constituţiei. În acest sens acest articol spune că România recunoaşte dispoziţiunile cuprinse în

el ca norme de drept, fundament căruia nici un fel de lege nu se poate împotrivi.

Constituția și Minoritățile.

Acest lucru trebue realizat cu atât mai mult cu cât România este azi singurul stat în rândul statelor cari și-au mărit teritoriul, în constituția căruia drepturile minorităților nu sunt nici măcar amintite. În conformitate cu aceasta trebue trecute în constituție dispoziținni cari în afară de egalitatea generală de drept asigură cetățenilor de limbă și religia minoritară, învățământul în limba lor maternă atât în școlile susținute de ei, cât și în cele ale statului, precum și subvenționarea proporțională a acestor școli din bugetele publice trebue trecute în constituția și autonomia comunităților secuiești și săsești din Ardeal.

Religia și învățământul.

În chestiunile de religie și învățământ trebue declarat că cetățenii cari nu sunt de limba maternă română, pot să-și întrebuințeze limba lor maternă în raporturile cu autoritățile și cu oficiile publice, iar în afară de raporturile cu oficiile publice pot să întrebuințeze orice limbă, în orice împrejurare, în deplină libertate. Trebue declarat că cetățenii minorităților naționale au dreptul de a-și conserva și de a se prevala de limba maternă, naționalitatea și de caracteristicile specificului lor național. Orice mod de desnaționalizare forțată este oprit și pasibil de pedeapsă.

Dispoziținni asemănătoare se cuprind în art. 128—134 din constituția cehoslovacă. Nu există nici un impediment serios ca statul român să nu facă și el ceeace statul cehoslovac a aflat că este necesar să facă. Este o mare lacună a constituției noastre ca dispoziținni de importanța primordială, cuprind următoarea rezervă în condițiunile prevăzute de legi speciale. Astfel stau lucrurile la libertatea învățământului, la libertatea de asociație și de întrunire și chiar la inamovibilitatea magistraturii.

Dreptul de asociație.

Aceste rezerve nu sunt admisibile într'un stat de drept. Legea specială nu poate reglementa decât detaliile principiilor fundamentale din constituție, dar ea nu poate nici restrânge și nici anula aceste principii fundamentale. Astfel de rezerve trebue neapărat omise. O astfel de dejucare a libertății constituționale, combinarea dreptului de asociație cu dispoziținnile de drept privitoare la persoanele juridice. Căci pentru acesta din urmă nu

există drept subiectiv care crează confuzia ce rezultă din faptul că autoritățile nu recunosc decât asociațiile cari au personalitate juridică.

Parlamentul.

Mandatele membrilor parlamentului să nu fie validate de către Cameră și Senat ci de către Curtea de Casație pentrucă dela partidul care se află la guvern, nu se poate aștepta o judecată obiectivă. Trebue reparată inegalitatea de drept care subsistă în ceeace privește membrii de drept ai Senatului. Între bisericile românești și confesiunile recunoscute. În afară de inamovibilitatea magistratului, trebue prevăzut și incompatibilitatatea lui, pentrucă numai aceste două, acordă independența magistratului.

În conformitate cu constituția, administrația comunală și județeană, trebue așezată pe bazele descentralizării. Această dispoziție a rămas literă moartă.

Descentralizarea.

România face parte dintre statele cele mai centraliste. Constituția actuală înregistrează un regres față de constituția din 1866 pentruca în aceasta din urmă a fost prevăzută nu numai descentralizarea ci și independența comunală, adică autonomia administrativă. Despre această dispoziție a constituției din 1866 nu se află nici un cuvânt în actuala constituție. Iată de ce, în această privință, statul românesc de azi înregistrează un regres considerabil față de autonomia administrativă bine desvoltată din teritoriile austriace. Această autonomie administrativă a existat chiar și în Basarabia — dar și față de stările corespunzătoare din România veche, întrucât acolo a existat cel puțin autonomia administrativă comunală, pe când azi nu mai există o adevărată autonomie administrativă.

Autonomia administrativă este atributul indisponibil al statului liber. Chiar și în Franța, atât de centralizată odinioară, exista o autonomie administrativă. Există azi acolo o autonomie administrativă bine desvoltată. Acest principiu este cu strictețe păzit, principiul fundamental că județul și comuna își administrează independent interesele lor, iar controlul puterii centrale se mărginește numai la rămânerea județelor și a comunelor.

Autonomia administrativă.

În aceste cadre guvernul nu are acele drepturi ca în România, prin cari poate anihila activitatea autonomiei administra-

tive. Cea mai importantă necesitate a organizării statale în România este o realizare adevărată a autonomiei administrative. Constituțiile nu sunt numai precizarea principiilor fundamentale ale organelor și a activității acestor organe, pentru realizarea scopurilor publice, ci și cuprinsul tuturor acelor garanții, pe lângă cari individul și societatea își poate desvolta, liberă, activitatea. Cea mai bună constituție devine iluzorie dacă suspendarea periodică a libertăților garantate devine un sistem de guvernământ. În România aceasta este situația. Ne trebue, prin urmare, nu numai o constituție corespunzătoare, ci și o desvoltare normală a vieții statale, fără de care nu poate fi vorba despre un stat de drept.

La proposition de M. Vaïda pour l'introduction du „numerus clausus".

La proposition de M. Vaïda, ancien président du Conseil, par laquelle il demandait, il y a un mois, l'introduction dans le programme du parti national-paysan de la formule „numerus clausus" pour l'enseignement secondaire et universitaire, proposition qui avait été repoussée par le comité exécutif du parti, continue à faire l'objet de discussions aussi bien dans la presse qu'au sein des différentes organisations professionnelles et notamment au sein des barreaux dans plusieurs villes.

A ce propos, M. Xeni, ancien ministre, a tenu à relever que cette formule n'est pas de nature à donner à tous les avocats la prospérité matérielle à laquelle ils aspirent et que la situation actuelle difficile est due à des raisons d'ordre économique. M. Xeni a ajouté qu'il est impossible d'ailleurs de créer des situations d'exception entre les différents citoyens roumains prenant pour critérium leur race ou leur religion. Cela est défendu aussi bien par la Constitution que par le traité pour la défense des droits des minorités, signé en décembre 1919 par la Roumanie aux côtés des Puissances qui lui ont garanti l'intégrité territoriale. L'article 8 de ce traité stipule que „tous les sujets roumains sont égaux devant la loi et jouiront des mêmes droits civils et politiques, sans distinction de race, de langue ou de religion". Ce principe, a rappelé M. Xeni, a été adopté aussi bien par le parti libéral, que par le parti national-paysan.

A ce même propos, le publiciste bien connu M. N. Batzaria écrit dans le „Dimineatza", que le „numerus clausus", qui vient d'être lancé, est dirigé contre tous les citoyens roumains d'origine ethnique étrangère ou de religion différente à la religion orthodoxe. On cherche partout des solutions positives dont les effets bienfaits s'étendent sur la masse tout entière de la population, et chaque homme de bon sens est pénétré de la vérité élémentaire que ce n'est pas en portant atteinte aux droits de certaines catégories de citoyens qu'on parviendra à améliorer la situation des autres catégories. Certains, ajoute M. Batzaria, veulent appliquer le „numerus clausus" dans les entreprises particulières ou dans les professions libres. Par une pareille mesure on pousserait les minorités à former un bloc commun et on faciliterait la création, dans l'intérieur du pays, de diversions dangereuses, tandis qu'on créerait à l'étranger une atmosphère qui ne peut être nullement favorable à la Roumanie.

M. N. Batzaria écrit dans l'„Adeverul" qu'il serait bien difficile de faire une distinction nette entres les véritables Roumains et les éléments étrangers roumanisés. Il serait juste et logique, dit M. Batzaria, de considérer comme Roumains tous ceux dont les ascendants sont d'origine ethnique roumaine. Cependant, si pour l'établissement de la qualité de Roumain l'on prend pour critérium l'origine des ascendants, on arrive à des conséquences vraiment surprenantes. Aussi bien dans la littérature, que dans les sciences, la politique, le commerce et l'industrie, on trouvera de très lombreux bons Roumains, dont les ascendants ont appartenu à d'autres nationalités. Ainsi, dans la Moldavie il y a eu de nombreux colons arméniens, qui n'ont conservé que leur nom et sont devenus d'excellents Roumains. Dans ce même ordre d'idées on doit relever que certains noms de famille nous rappellent les colonies de Bulgares, établis à Ploesti, Craïova et dans d'autres villes. Nous possédons aussi des politiciens, des écrivains, des professeurs, originaires des villages bulgares situés autour de Bucarest. Nombreux sont aussi les Romains, qui font même excès de nationalisme, et qui descendent de fammilles grecques établies en Roumanie le long des siècles. Certaines de ces familles sont venues s'installer tout récemment. Que faire de tous ces gens, se demande M. Batzaria, dans les veines desquels ne coule pas le sang roumain ? Faut-il leur refuser la nationalité roumaine ? Et c'est

précisément dans les rangs de ces Roumains d'origine ethnique roumaine plus que discutable que nous voyons naître les éléments les plus chauvins et les persécuteurs des minorités.

Voici pourquoi, dit en conclusion M. Batzaria, la formule „numerus clausus" crée des situations absurdes.

Le chef du parti conservateur, M. Grigoire Filipesco, dans un discours prononcé au cours d'une réunion politique, s'est élevé aussi énergiquement contre le „numerus clausus". Il a relevé notamment le danger auquel s'exposerait la Roumanie, si elle renonçait, comme l'a fait la Pologne, au traité pour la protection des minorités, et a ajouté que la formule „numerus clausus" ou „numerus valahicus", lancée par M. Vaïda, risquerait de créer une situation des plus difficiles dans le pays. Il n'est pas étonnant, a-t-il dit, que les minorités adoptent cette formule. Dans le cas où le principe de la proportionnalité serait appliqué dans tous les domaines de notre activité, il pourrait peut-être alléger dans une certaine mesure la situation de l'élément roumain dans le barreau ou dans le corps médical, mais il l'aggraverait dans d'autres directions, car une fois ce principe admis, il devrait être appliqué intégralement.

Ordinul Ministerului Instrucţiunii, al Cultelor şi Artelor

în raport cu convenţia şcolară încheiată între Statul Român şi Statul Iugoslav.

Noi, ministru secretar de Stat la Departamentul Instrucţiunii Publice,

Având în vedere dispoziţiile cuprinse în convenţia şcolară, încheiată între Statul Român şi Statul Iugoslav, pentru reglementarea şcolilor primare minoritare române din Banatul Iugoslav şi a şcolilor primare minoritare sârbo-croate din Banatul Român şi publicată în Monitorul Oficial din 25 Septemvrie 1933;

Având în vedere ordinul anexat în traducere al Ministerului Instrucţiunii Publice Iugoslav din 31 Ianuarie 1935, către Ad-ţia Regală a Banovinei Dunavska din Novisad,

Decidem:

Art. I. În localităţile Caraşova, Iabalcea, judeţul Caraş şi Recaş, judeţul Timiş-Torontal, se vor înfiinţa şcoli primare mi-

noritare de Stat, cu limba de predare sârbo-croată, numai pentru copiii populației de naționalitate sârbo-croată.

Limba Română, istoria și geografia României se vor preda conform art. 2 din convenție.

Învățătorii la aceste școli vor fi numiți, respectiv angajați, conform art. 6, 7 și 9 din convenție.

Aceste școli vor avea, conform art. 12 din convenție, direcțiuni, bugete și comitete școlare separate, care vor stabili și executa bugetele conform prescripțiunilor legilor în vigoare. Școlile primare minoritare de Stat sârbo-croate vor fi reprezentate prin un delegat al lor în comitetul școlar regional. Acest delegat va fi ales în același fel ca și ceilalți membri eligibili ai comitetului.

Art. II. În actualele școli primare confesionale rom.-cat., din localitățile Checea, Lupac, Rafnic, Clocotici, Vodnic și Nermet, existând conform legii înv. particular și cercetate fiind numai de copii de naționalitate sârbo croată, se va introduce ca limbă de predare, limba sârbo croată, la dorința părinților.

Limba română, istoria și geografia României vor fi predate în limba română, conform art. 39 din legea înv. particular.

Autoritatea confesională este obligată a numi la aceste școli directori și institutori de religia copiilor si de naționalitate sârbo-croată.

În lipsa învățătorilor, cetățeni români, se va cere numărul necesar de institutori pentru aceste școli dela guvernul iugoslav prin intermediul Ministerului de Instrucție Român.

Art. III. Autoritatea bisericească sârbă din Banatul Român se autorizâ a deschide școli particulare cu limba de predare sârbă numai pentru copii sârbi în localitățile din Clisura, locuite de populație de naționalitate sârbă, în conformitate cu art. 13 din convenție și cu dispozițiile legii înv. particular.

Art. IV. Se admite ca, în caz de înființare a școlilor particulare sârbe în Clisura, după satisfacerea tuturor necesităților cu'turale românești, ale Statului, edificiile școlare și zestrea școlară ce prisosesc, să se poată da în folosința școalelor primare particulare sârbești pe baza contractelor, încheiate an de an, între respectivele comune din Clisura și autoritatea bisericească, susținătoare de școale și aprobate de Ministerul Istrucțiunii, ca for tutelar.

Art. V. Se autorizâ autoritatea bisericească sârbă din Timișoara, de a angaja pentru direcția și învățământul școalelor particulare sârbe, numărul necesar de învățători (raportat la numărul legal al elevilor) de confesiunea ortodoxă și de limba maternă sârbo-croată, dintre supușii iugoslavi, regulamentar calificați, prin intermedierea Minist. Instr. Român.

Art. VI. Această deciziune se va pune în aplicare imediat după publicare.

Art. VII. D-nii directori ai învățământului primar și particular, sunt însărcinați cu aducerea la îndeplinire a prezentei deciziuni.

Dată în București, la 5 Martie 1935.

Ministru, *dr. C. Anghelescu.*

Nr. 46.053.

ANEXA

Traducere din lb. sârbă

Ordinul Ministerului Instrucțiunii Publice către Administrația Regală a Banovinei Dunavska (secția instrucției publice).

Novisad

În scopul aplicării convenției despre organizarea școlilor primare minoritare din Banat,

Ordonăm:

1. Ca toate secțiunile de până azi cu limba de predare română, să se transforme în școli primare minoritare române de Stat.

2. Ca în toate localitățile unde vor exista două școli, conform dispozițiilor paragr. 123 al legii despre școlile naționale, să se formeze pentru școlile primare minoritare române de Stat, comitete școlare locale care vor prelua funcțiunile prevăzute prin legea despre școlile naționale și prin convenția despre reglementarea școlilor primare minoritare din Banat.

3. Ca, unde va exista posibilitate, să se propună învățători de naționalitate română, ca directori ai școlilor primare minoritare române de Stat.

4. Ca conform dispozițiilor paragr. 135 al legii despre școlile naționale și conform art. 12 din convenție despre reglementarea școlilor primare minoritare din Banat, să se numească un membru în comitetul școlar al Banovinei.

5. Ca, în localitățile cu populație amestecată, să se dea școlii primare minoritare române de Stat, imobilele, iar în lipsă de imobile separate, să se cedeze săli de clasă și celelalte încăperi necesare și mobilierul cu numărul și cu impozitele, pe care locuitorii interesați le plătesc și

6. Ca, Ministerului Instrucțiunii Publice să se trimeată lista profesoarelor și învățătoarelor, care au lucrat până azi în secțiunile cu limba de predare română și nu sunt de naționalitate română.

Se recomandă acelei secțiuni cu îndată să procedeze la executarea prezentului ordin despre care, cel mai târziu până la 1 Martie, se va prezenta un raport acestui minister.

Dată în Belgrad, la 31 Ianuarie 1935.

Ministrul instrucțiunii publice, *Cirici.*

Director și redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth și Hoffer, Lugoj.